



Betrug bei Minijobs ahnden

Pressemitteilung von Klaus Ernst, 30. Januar 2017

„Der Mindestlohn ist Gesetz. Ihn zu unterlaufen ist kein Kavaliersdelikt, sondern Betrug und muss entsprechend geahndet werden. Unerträglich ist, dass dieses Ausbeutermodell auch noch vom Staat subventioniert wird durch aufstockende Sozialleistungen. Damit muss Schluss sein. Minijobs müssen sozialversicherungspflichtig sein und gut bezahlt werden“, sagt Klaus Ernst, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE. Ernst weiter:

„Minijobs dienen allein dazu, reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu umgehen und Menschen zu Dumpinglöhnen zu beschäftigen. Die Beschäftigten – überwiegend Frauen – werden mit Niedriglöhnen abgespeist und die Mehrheit hat keine soziale Absicherung. Für manche Unternehmen scheint die Beschäftigung von Minijobbern regelrecht ein Freifahrtschein zur Unterbezahlung zu sein. Mit keinem anderen Beschäftigungsmodell wird derart Schindluder getrieben.“

